

# Das „schlechte Leben“ in Algerien: Motiv für Proteste und Auswanderung

Wenn mögliche Gründe genannt werden, warum viele meist (aber nicht nur) junge, männliche Algerier ihr Land auf heimliche Weise („klandestin“) in Richtung EU-Europa zu verlassen versuchen, taucht an vorderster Stelle immer wieder die Suche nach Jobs auf der nördlichen Seite des Mittelmeers auf – Jobs, an denen es in Algerien selbst offenbar mangelt. Mit den Schwierigkeiten, an einen Arbeitsplatz zu kommen, stehen weitere, existenzielle Probleme, wie zum Beispiel ein Dach über dem Kopf zu finden, in Verbindung.

Diesen Beweggrund der klandestinen Auswanderer, der „Harraga“, Algerien den Rücken zu kehren, nennen arabische und europäische Journalist\_innen, Betroffene selbst und nicht zuletzt NGOs.

Gleich drei der letzteren, die „Fédération Internationale des Ligues des droits de l'Homme (FIDH)“, das „Collectif des Familles de Disparu(e)s en Algérie (CFDA)“<sup>ii</sup> und „La Ligue Algérienne de Défense des Droits de l'Homme (LADDH)“<sup>iii</sup>, haben im April 2010 einen „Bericht zur Situation der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte in Algerien“ vorgelegt (im französischen Original zu finden unter: [http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/docs/ngos/FIDH.CFDA.LADDH\\_def-1-22April2010\\_Algeria44.pdf](http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/docs/ngos/FIDH.CFDA.LADDH_def-1-22April2010_Algeria44.pdf)). Anlass ist, dass das „Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte“ der Vereinten Nationen<sup>iv</sup> sich zur Zeit mit eben dieser Thematik beschäftigt.

Der Bericht der drei NGOs versteht sich als Alternativrapport zur offiziellen Darstellung der algerischen Regierung und ist explizit an das UN-Organ adressiert.

Die Bilanz der sozialen Wirklichkeit in Algerien durch die drei Organisationen ist in hohem Maße ernüchternd und trägt folgerichtig den Titel „La «Mal-Vie»“ - „Das schlechte Leben“<sup>v</sup>. Dass die im Bericht dargelegten Mißstände für das Harraga-„Phänomen“ mit ursächlich sind, ist ausdrücklich auch These seiner Autor\_innen (s. u.). Aus europäischer Sicht, schließlich, können sich aus dem Bericht Fragen hinsichtlich der EU-Handelspolitik gegenüber Algerien ergeben: Inwiefern ist diese einer nachhaltigen, Arbeitsplätze schaffenden Entwicklung in dem maghrebischen Staat förderlich beziehungsweise hinderlich?

Schließlich bleibt noch anzumerken, dass die Überlegungen etwa der Zeit- und taz-Autorin Charlotte Wiedemann, die Menschen in Afrika könnten energischer für andere Verhältnisse in ihren Ländern eintreten, um nicht in die klandestine (und nicht nur in Algerien mittlerweile „illegale“) Auswanderung getrieben zu werden, vor dem Hintergrund dieses NGO-Berichts in einem neuen Licht erscheinen:

*„Die Schlacht müsste anderswo geschlagen werden. Wenn die jungen Leute mit der Kraft, dem Wagemut und der Hartnäckigkeit, die sie durch die Sahara und über die Meere treibt, ihren Regierungen entgegentreten. Um ein Leben zu fordern, das es wert ist, nicht auf See weggeworfen zu werden.“*

(<http://www.taz.de/1/politik/afrika/artikel/1/mythen-der-migration/>)

Wenn man sich die beeindruckende Liste der sozialen Proteste in Algerien im Anhang des Berichts anschaut, bei denen die Menschen für mehr und ausreichend bezahlte Jobs, für Wohnungen und grundlegende Infrastruktur wie Gas- und Stromversorgung auf die Straßen gehen und dabei teils horrend Gefängnisstrafen riskieren, drängt sich der Eindruck auf, dass die Algerier bereits mit einiger Kraft ihren Regierungen entgegentreten (siehe dazu auch den Kommentar unter:

[http://www.borderline-europe.de/downloads/2009\\_07\\_15\\_Kommentar\\_thabit\\_Taz.pdf](http://www.borderline-europe.de/downloads/2009_07_15_Kommentar_thabit_Taz.pdf)).

Bleibe nur noch die Frage, warum diese Proteste (die sich in Nordafrika im Übrigen keineswegs auf Algerien beschränken) wenig bis gar kein Echo in den bundesdeutschen Medien finden.

Im Folgenden werden nun Auszüge des Rapports „La «Mal-Vie»“ in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

# Das „schlechte Leben“:

*Bericht zur Situation der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte in Algerien*

Internationale Föderation der Menschenrechtligen, FIDH  
Kollektiv der Familien der in Algerien Verschwundenen, CFDA  
Algerische Liga zur Verteidigung der Menschenrechte, LADDH

April 2010

an das  
Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte  
44. Sitzung, 3.-21. Mai 2010  
Untersuchung des Berichts Algeriens vom 5. und 6. Mai 2010

---

## Einleitung

### II. Kontext

Fehlender sozialer Dialog, vermehrtes Auftreten von Streiks, Repressionen und Unruhen, Symbole für das „schlechte Leben“

#### a) Das „schlechte Leben“ setzt sich fest

Das Recht auf einen anständigen Lebensstandard erodiert in Algerien kontinuierlich, was das tägliche Leben immer beschwerlicher macht.

Im Jahre 2009 hat die Inflationsrate 5,7 % erreicht, gegenüber 4,4 % im Jahre 2008. Die Ursache: die Preiserhöhung bei Lebensmitteln (+8,23 %). Nun hat aber eine Studie des CENEAP [eine Art Amt für Statistik des algerischen Staates, Anm. d. Übers.] von 2005 gezeigt, dass die Ausgaben für Lebensmittel 59 % der Ausgaben der Haushalte ausmachen (25 % für Getreideprodukte, 14 % für Milchprodukte, 10 % für Fleisch, welches einer Minderheit vorbehalten bleibt). Um einmal zu vergleichen: Wohnkosten betragen 24 %, und Ausgaben für die Gesundheit 16 %. Das heißt im Klartext: wenn sich die staatlichen Stellen daran klammern, die Inflation statistisch unter Kontrolle zu haben (+3,5 % im Finanzgesetz von 2010), ignorieren sie ein Phänomen, das das alltägliche Leben der Algerier unterminiert.

Drei Viertel der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes nehmen Schulden auf, um am Monatsende über die Runden zu kommen. Laut einer 2009 vom SNAPAP [Syndicat National autonome des personnels de l'administration algérienne – Autonome Nationale Gewerkschaft der algerischen Verwaltungsangestellten, Anm. d. Übers.] veröffentlichten Studie, fehlen ein jedem strukturell im Durchschnitt 10.000 Dinar pro Monat, um für alle Belastungen aufzukommen. Nahezu ein Drittel der befragten Personen gibt sogar an, keine Wohnung zu haben. Prekarität ist die Regel. Entsprechend das Gehalt eines Arztes Mitte der achtziger Jahre noch dem Sechsfachen des Mindestlohns, verdient dieser heute mit Mühe das Zweifache des SNMG [Le Salaire national minimum garanti – Nationales garantiertes Mindestgehalt, Anm. d. Übers.]. In Annaba beispielsweise braucht man viermal das SNMG (15.000 Dinar am 1. Januar 2010, siehe unten), um eine Familie von vier Personen in Würde leben zu lassen. Mehrere Jobs zu haben und sich durchzuwursteln sind zur einzigen Lösung geworden.

## b) Eklatantes Fehlen eines sozialen Dialogs

Dass der Dialog fehlt, liegt nicht daran, dass es etwa keine Verbände gäbe, welche die Arbeitnehmer oder die Arbeitgeber vertreten und in der Lage wären, die Forderungen ihrer Mitglieder vorzubringen und mit der Regierung zu verhandeln. Der fehlende soziale Dialog ist von der politischen Macht bewusst gewollt, die als Arbeitnehmer vertretenden Sozialpartner einzig die Union Générale des Travailleurs Algériens (Allgemeiner Verband der algerischen Arbeiter, UGTA, die einzige Gewerkschaft in der Zeit der Einparteienherrschaft) anerkennt. Sehr oft werden die Bewegungen autonomer Gewerkschaften von der Justiz für illegal erklärt und unterdrückt.

Die bedeutenden Streiks, die im Laufe der letzten Monate in sämtlichen Bereichen in Algerien stattgefunden haben, bezeugen die Unzufriedenheit zahlreicher Arbeitnehmer mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen. Im Industriesektor haben Tausende von Arbeitnehmern mehrwöchige Streiks beobachtet. Im Öffentlichen Dienst gab es einen Streik der Ärzte des öffentlichen Gesundheitswesens, Allgemeinmediziner und Fachärzte, der fast vier Monate dauerte. Genauso lang war der Ausstand der Lehrer, welcher fast das Schuljahr gefährdet hätte. An einem Streik der kommunalen Angestellten am 30. und 31. März 2010, zu dem die SNAPAP (Syndicat National Autonome du Personnel de l'Administration Publique – Nationale autonome Gewerkschaft der öffentlichen Verwaltungsangestellten) aufgerufen hatte, haben sich nach Angaben der Gewerkschaft am ersten Tag mehr als 60 % und am zweiten 75 % beteiligt. Außerdem sind die Lokführer am 28. März 2010 in den „unbefristeten Streik“ getreten.

Die Art und Weise, wie die staatlichen Stellen diese Streiks unterdrückt haben, zeigt, dass die gewerkschaftlichen Freiheiten und das Streikrecht in Algerien in Gefahr sind. Die fortgesetzte Repression gegen die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer, die fordern, dass ihre Rechte respektiert werden, ist einzig dazu geeignet, das Risiko einer unkontrollierten sozialen Explosion zu vergrößern, ein Risiko, das in der Gesellschaft bereits in hohem Maße vorhanden ist. Sie bringt die öffentlichen Angestellten dazu, zwar verbotene, aber gewaltfreie Demonstrationen durchzuführen und die anderen, privat Angestellte, Hausfrauen und Arbeitslose dazu, auf die Straße zu gehen, um die Symbole der Staatsgewalt zu attackieren (die Wilaya [gemeint ist wohl der Amtssitz eines Verwaltungsbezirks, Anm. d. Übersetzers], das Wohnungsamt...).

[...]

## d) Unruhen, das Ventil eines verknöcherten sozialen Dialogs

Seit Anfang der 2000er Jahre erfährt Algerien eine Vervielfachung von Gewaltausbrüchen, die lokal stark begrenzt sind. Bei diesen fordert die Bevölkerung die Befriedigung grundlegender ökonomischer und sozialer Bedürfnisse. Der Conseil international de soutien au syndicalisme autonome Algérie (Internationaler Rat zur Unterstützung der algerischen Gewerkschaftsbewegung, CISA<sup>vi</sup>) fasst das derzeitige soziale Klima vollkommen zutreffend zusammen:

*«Aufgetaucht zu Beginn der 2000er Jahre, haben sich die gewaltsamen Aufstände, die regelmäßig, aus allen möglichen, mit dem „schlechten Leben“ in Zusammenhang stehenden Gründen, sowohl die großen Städte als auch die kleinsten Dörfer erschüttern, seit 2004 gehäuft. Im Jahre 2009 sind sie alltäglich geworden, und zwar so sehr, dass Algerien, von Ost bis West, ein sozialer Dampfkessel geworden ist, der permanent am Rande einer allgemeinen Explosion steht.»*

Diese „Unruhen“ nehmen die Form von Straßenblockaden an, die von den jungen Leuten eines Ortes durchgeführt werden, sehr oft mit Unterstützung und ermutigt seitens der übrigen Bevölkerung; oder von Freiheitsberaubung bei kommunalen Abgeordneten; oder vom in Brand Setzen von Ver-

waltungsgebäuden, wie etwa des Rathauses oder des Sitzes der Daïra [Verwaltungseinheit unterhalb der Präfektur, Anm. d. Übers.]. Bezweckt wird damit, die Aufmerksamkeit der staatlichen Stellen auf die Probleme des Zugangs zu Trinkwasser, der Gasversorgung und der Unterkunft zu lenken.

Diese Ausbrüche des Zorns der Bevölkerung stehen in Zusammenhang mit ihrer Unzufriedenheit über die Verteilung von Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern gebaut worden sind. Korruption, Günstlingswirtschaft und die unberechtigte Zuteilung von Wohnungen sind die häufigsten Vorwürfe. Kein Ort in Algerien, selbst die Hauptstadt nicht mit ihren zahlreichen Bidonvilles [Wellblechhüttensiedlungen am Stadtrand, Anm. d. Übers.], ist von diesem Phänomen ausgenommen. Diese Tendenz, auf die Gewalt der Straße zurückzugreifen, kann auf verschiedene Weise erklärt werden, insbesondere mit dem wiederholten Wahlbetrug oder auch damit, dass nach weitverbreiteter Wahrnehmung die Verwaltung und die Institutionen des Staates der Ort schlechthin sind für Vetternwirtschaft und Korruption. Schließlich ist das Feld der Vereinigungen und der Gewerkschaften abgesperrt und seine Akteure unterdrückt. Aufgrund all dieser Aspekte und weil sie oft nur auf „den Geruch von verbrannten Reifen“, das heißt die Gewalt der Straße, reagieren, tragen die staatlichen Stellen an dieser Situation eine sehr große Verantwortung.

Von daher erscheint die Öffnung medialer, politischer, verbandlicher und gewerkschaftlicher Felder als eine Notwendigkeit, damit die sozioökonomischen Forderungen der algerischen Bürger durch organisierte und gewaltlose Kanäle laufen können und sich in ihrer Artikulation an Repräsentation und Dialog halten.

[...]

## **Das Recht auf Arbeit – Artikel 6**

### **I. Das durch Arbeitslosigkeit unterminierte Recht auf Arbeit**

#### **I.1 Unrealistische Zahlen: Unterbeschäftigung und instrumentalisierte Frauen**

Die Statistiken zur Beschäftigung in Algerien sind umstritten. Von der Arbeitslosenquote ausgenommen sind insbesondere Hausfrauen und Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft (eine jährliche Untersuchung sortiert sie de facto aus). Die Programme gemeinnütziger, arbeitsplatzintensiver Arbeit (Travaux d'utilité publique à haute intensité de main-d'œuvre, TUPHIMO) oder die Einrichtungen der Aktivitäten allgemeinen Interesses (Activités d'intérêt général, AIG), die wohlbekannten Instrumentarien im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit seit 2008 (DIAP, siehe unten), gestatten es, die jungen Menschen aus der Statistik zu nehmen, geben ihnen aber nur ein Gehalt von 6000 Dinar, mit welchem es unmöglich ist, in Würde zu leben.

Diese Make-up-Maßnahmen erlauben es, im Oktober 2009 eine Arbeitslosenquote von 10,2 % vorzuzeigen, das heißt 1,072 Millionen Arbeitslose (11,3 % im Jahre 2008). Zwischen 2001 und 2008 soll die Zahl der Arbeitslosen um 50 % auf 1,16 Millionen Algerier gesunken sein, während die Zahl der „Beschäftigten“ um 47 % gestiegen sein soll, um insgesamt auf 9,1 Millionen zu kommen. Insgesamt schätzen die staatlichen Stellen die Zahl der zwischen 2000 und 2008 jährlich geschaffenen Jobs auf 390.000.

*Landwirtschaft:* In vier Jahren, zwischen 2004 und 2008, soll die Landwirtschaft zweimal mehr Jobs pro Jahr geschaffen haben (118.000 neue Jobs), so die Antwort der Regierung an das Komitee (Punkt 99). In der selben Zeit musste sich der Sektor mit einem begrenzten jährlichen Wachstum zwischen 2006 und 2007 von 5 % begnügen. Beim Abfall bei den landwirtschaftlichen Jobs um 27 % im Jahre 2006 geht es sogar so weit, dass es die Arbeitslosenquote um mehrere Punkte nach un-

ten zieht. Diese Aspekte sind ein Zeugnis dafür, wie viel Unkenntnis es über diesen Sektor gibt.

*Unterschätzter informeller Sektor.* Das Nationale Amt für Statistik (ONS) schätzt, dass es im informellen Sektor eine Million Jobs gibt. Das heißt, weniger als ein [informell] „Beschäftigter“ kommt auf neun Beschäftigte. Auch wenn der BTP-Bereich [Bâtiment et Travaux Publics, Sektor öffentlicher Baumaßnahmen; Anm. d. Übers.] und der Service-Bereich diejenigen sind, die die meisten Jobs schaffen (mehr als ein Drittel der BTP-Jobs würden nicht deklariert), diese Schätzung ist offensichtlich untertrieben: Etwa die Hälfte der „Beschäftigten“ würden nicht bei der Sozialversicherung gemeldet, das heißt mehr als 5 Millionen Personen. Selbst die lokalen wirtschaftlichen Akteure korrigieren die offizielle Schätzung nach oben: So schätzt die Arbeitgeberorganisation Forum des chefs d'entreprise (FCE) ihrerseits die Zahl der informellen Jobs auf 1,78 Millionen, das heißt fast 22 % der „Beschäftigten“.

## I.2 Ineffiziente öffentliche Programme

Das triennale Wiederbelebungsprogramm von 2001 (Programm zur Unterstützung der wirtschaftlichen Wiederbelebung, PSRE, in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar) sowie das komplementäre Programm zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums, PCSRC, zwischen 2005 und 2009 haben keine Effekte gezeigt, Arbeitslosigkeit dauerhaft abzubauen. Sie pflegen sogar die Prekarität: «3,1 Millionen Jobs, das heißt 49,5 %, wurden im Rahmen der Dispositifs d'emplois d'attente [offenbar eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, Anm. d. Übers.] geschaffen» (Frage 19, Antwort 97). 2008 hat die Regierung einen Aktionsplan beschlossen zur Förderung von Jobs und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dabei ging es darum, die Instrumentarien zur Förderung von Arbeit aufeinander abzustimmen. Die Maßnahme zur Hilfe bei der beruflichen Eingliederung junger Menschen (Le Dispositif d'Aide à l'Insertion Professionnelle des jeunes, DAIP) und die „Maßnahme zur sozialen Eingliederung junger Absolventen“, von denen die eine von der ANEM [Agence Nationale d'Emploi, Staatliche Arbeitsagentur; Anm. d. Übers.] und die andere von der ADS [Agence de développement social, Agentur für soziale Entwicklung; Anm. d. Übers.] gemanagt werden, die sich dennoch teilweise überschneiden, konnten die Situation nicht ändern: Die Flüchtigkeit der geschaffenen Jobs von einem Jahr aufs nächste bleibt die Norm.

Die Kosten dieser öffentlichen Maßnahmen zur Förderung von Einstellungen betragen (zwischen 99 und 08) 193,7 Milliarden Dinar. In der dritten Amtsperiode, von 2009 bis 2014, erhält die Hilfe zur Einstellung ein bedeutendes Budget: 2010 werden 37 Milliarden Dinar aus dem Staatshaushalt aufgewandt, um 576.000 Jobs zu schaffen, davon 13 Milliarden für die emplois d'attente (s. o.) und 24 Milliarden für die Hilfe zur beruflichen Eingliederung. Diejenigen, die in den Genuss dieser geförderten Einstellungen kommen, bleibt mit weniger als 3.000 Dinar im Monat (30 Euro) jegliche Form eines anständigen Lebens unmöglich.

Den Berechnungen des Nationalen Amtes für Statistik ONS zufolge müssen, von jetzt an bis 2025, jedes Jahr 320.000 Jobs geschaffen werden (das heißt 5,2 Millionen in diesem Zeitraum), um die Arbeitslosenquote zu halbieren. Es ist eine gewaltige Aufgabe, und jede Verzögerung ist gefährlich.

*Eher Vitamin-B als die Agentur.* Der Staat schafft es nicht, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu organisieren. Die Staatliche Arbeitsagentur (ANEM) spielt auf dem Arbeitsmarkt keine bedeutende Rolle. Die Reform von 2008 hat keine Früchte getragen. Weniger als ein Drittel der Arbeitssuchenden würde sich an sie wenden, während 75 % sich auf ihre persönlichen Beziehungen verlassen, um eine Arbeitsstelle zu finden. Dieses Plebiszit des „Vitamin-B“ zeigt die klientelistische und korrupte Funktionsweise, welche auf dem Arbeitsmarkt vorherrscht. „Ohne Freund findet sich meine Tochter, eine Ingenieurin der Aeronautik, in der Verwaltung von Sonelgaz [staatliches Strom- und Gasversorgungsunternehmen in Algerien, Anm. d. Übers.] wieder“, erzählt eine Frau. Im öffentli-

chen Dienst, wie auch im privaten Sektor, ist die Einstellungspolitik von Willkür beherrscht.

Die Schwierigkeiten bei der Jobsuche entmutigen also zahlreiche Arbeitslose, und zwar hauptsächlich die jungen Leute (siehe unten). Doch auch die Unternehmen leiden ihrerseits an den Disfunktionen des Arbeitsmarktes. So schätzt die Weltbank, dass die Schwierigkeiten, Personal zu finden, in Algerien zweimal so groß sind wie der Durchschnittswert im Nahen Osten und Nordafrika.

Ermutung zur Prekarität. Seit 2001 hat die staatliche Strategie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zwei Sektoren genutzt: Dem Dienstleistungssektor und dem öffentlichen Bauwesen [BTP] (die Landwirtschaft ist, so vital sie auch sei, die große Verliererin mit einem Rückgang von mehr als 7 Punkten bezogen auf die Gesamtbeschäftigung). Ein Mittel, zwei Gewinner: die Prekarität mit der schlechten Qualität ihrer deklarierten Jobs und das massive Zurückgreifen auf Schwarzarbeit. Außerdem ist die Zahl der nicht permanenten Entlohnungen und der Anfängertätigkeiten seit Anfang der 2000er Jahre explodiert (+105 % zwischen 2001 und 2007). Schließlich ist der unbefristete Vertrag immer seltener auf dem Arbeitsmarkt anzutreffen, von 66,3 % der Lohnabhängigen auf 52 % in 2007.

Die Maßnahmen der Regierung zugunsten der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes tragen also zur wachsenden Prekarisierung der Arbeitenden bei.

Die Angestellten des öffentlichen Dienstes sind die ersten Opfer der Prekarisierung der Arbeit in Algerien. Für ein Gehalt, welches oft um ein Drittel niedriger ist als das der Verbeamteten (zum Beispiel 20.000 Dinar gegenüber 31.000 Dinar bei einem Lehrer der Oberschule), kann ein angestellter Lehrer für Monate unterrichten, wobei man sich um die Verlängerung bewerben muss. Es heißt, in dieser Situation befänden sich 40.000 Personen. Ihre Verträge laufen oft für ein Trimester, so dass sie während der großen Ferien nicht bezahlt werden müssen; die soziale Absicherung ist stets schwach. Im Grand Sud [die oft wüstenartige, dünn besiedelte Region im Süden des Landes, Anm. d. Übers.], wo die Lebensbedingungen schwierig sind, gibt es unzählige Personen im Angestelltenverhältnis. Auch die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Frauen sind sehr oft gezwungen, diesen prekären Status zu akzeptieren. Für sie bedeutet eine Mutterschaft unerbittlich die Entlassung.

### I.3 Die jungen Menschen zahlen einen hohen Preis

*Ein immenser Tribut an die Arbeitslosigkeit.* Drei von vier Arbeitslosen sind jünger als 30, 88 % jünger als 35. Etwa 5 Millionen junge Menschen (zwischen 14 und 25 Jahren) sollen vollständig vom Radar der Arbeitsstatistiken verschwunden sein, und von den 2,2 Millionen innerhalb der aktiven Bevölkerung (22 %) sollen 1,7 Millionen bloß „beschäftigt“ sein. Als sie im November 2009 Algerien besuchte, hat die Delegation des Internationalen Währungsfonds sogar Folgendes gemeint: „Es wurde keinerlei Veränderung während der letzten Jahre festgestellt. (...) Dies zeigt, dass nichts getan wurde, um die Arbeitslosigkeit der jungen Leute abzubauen“. Und laut den autonomen Lehrgewerkschaften münden die Verträge des pré-emploi [Vor-Anstellung, Anm. d. Übers.], die mit 6000 Dinar im Monat (60 Euro) bezahlt werden, für die große Mehrheit von ihnen nicht in ein Arbeitsverhältnis. Sie dienen den Direktoren der Einrichtungen als billige Arbeitskräfte, die auf den guten Willen der Verwaltung angewiesen sind.

*Diplome wofür?* Jedes Jahr betreten circa 120.000 junge Absolventen den Arbeitsmarkt. Laut ONS [s.o.] haben die Arbeitslosen ein besseres Bildungsniveau als die „Beschäftigten“; 35 % von ihnen haben die Sekundar- oder die Hochschule besucht. Diese strukturelle Tendenz des algerischen Arbeitsmarktes führt zur Hoffnungslosigkeit sehr vieler junger Algerier, bis hin zum Verlassen des Landes (die Zahl der Harragas [maghrebischer Terminus für klandestine Auswanderer, Anm. d. Übers.] soll 2009 bei 40.000 gelegen haben). Die einzige Reaktion der Obrigkeit: die Kriminalisierung durch das Gesetz vom 25. Februar 2009.

#### I.4 Frauen sind die ersten Opfer der Arbeitslosigkeit

Algerien gehört zu den Ländern, in denen der Abstand zwischen der Aktivität der Männer und der Frauen am größten ist: 20 berufstätige Frauen kommen auf 100 berufstätige Männer. Selbst die offiziellen Statistiken des ONS zeigen, dass sich die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert hat. Ihre Arbeitslosenrate betrug 2009 18,1 %, was eine Verschlechterung gegenüber 2005 (17,5 %) darstellt. Die Aktivitätsrate der Frauen in Algerien (40,9 % in 2007) bleibt hinter derjenigen Marokkos (52,1 % in 2005) und Tunesiens (46,8 % in 2007) weit zurück.

Die Diskriminierung von Frauen bei der Einstellung tritt deutlich zu Tage. Sie bilden die Gruppe der prekären und unterbezahlten Vertragsarbeitskräfte. „Sie haben keine Wahl. Arbeit ist, selbst wenn sie prekär und schlecht bezahlt ist, der einzige Weg der Emanzipation“, meint ein Gewerkschaftler und gibt damit eine Analyse wieder, die von der gesamten Zivilgesellschaft Algeriens geteilt wird. Obwohl sie immer zahlreicher die Universitäten mit Diplom verlassen, sind sie doch die ersten Opfer der Tatsache, dass Bildungswesen und Arbeitsmarkt sehr schlecht aufeinander abgestimmt sind.

Zwischen 1999 und 2007 waren nicht mehr als 5 % der Managementposten von Frauen besetzt, während sie bei den technischen Berufen 35 % ausmachen. Laut den Vereinten Nationen ist in Algerien das Gehalt der Frauen fast drei Mal niedriger als das der Männer.

Stereotype haben ein langes Leben und sind auch noch in den Antworten des algerischen Staates an den Rat zu finden. In ihnen wird die Arbeit im Haus als „für das weibliche Geschlecht geeignet, ein Träger von Traditionen“ bezeichnet.

#### I.5 Aufgegebene privatisierte Betriebe

Die Regierung übt kein Recht sozialer Kontrolle gegenüber den privaten Aufkäufern von öffentlichen Unternehmen aus, was im Widerspruch zu dem steht, was sie in ihrer Antwort an den Rat behauptet. In dieser heißt es:

*„Der staatliche Rat für Beteiligungen hat am 20. November 2003 eine Resolution angenommen, welche empfiehlt, dass die im Rahmen der Privatisierung unternommenen Maßnahmen dazu beitragen, die Unternehmensbasis aktiv zu halten, Beschäftigung zu bewahren, die vorhandenen Produktionsmittel aufzuwerten und sie auf internationalen Standard zu bringen, die aktiven Immobilien zu erhalten sowie die Verschuldung des Unternehmens abzubauen.“*

Zwei bedeutende Beispiele haben in den vergangenen Monaten bewiesen, dass diese Resolution auf eklatante Weise nicht angewandt wird:

a) Der Konflikt, welcher im Januar 2010 zeitweise die UGTA [s. o.] in Gegnerschaft zu Arcelor Mittal in Annaba gebracht hat (die brachiale Beendigung des Streiks ohne einen wirklichen Fortschritt bei den Verhandlungen überraschte die Beschäftigten). Seit zehn Jahren ist der indisch-europäische Magnat Besitzer des stahlindustriellen Komplexes von El-Hajar, der einst ein staatliches Unternehmen war. Als solcher schließt er die Kokerei, weil es für ihn kostengünstiger ist, die Kohle zu importieren, die als Brennstoff für die Hochöfen dient. Und aus irgendeinem Grund profitiert die Firma von steuerlichen Erleichterungen. Wie vor Ort von den Autoren dieses Berichts zusammengetragene Aussagen bestätigen, sind weitere, ganze Stücke des Komplexes – die technisiertesten, also diejenigen, für die die Investitionssummen am höchsten sind (wie schweißnahtfreie Pipelinerohre, Kaltwalzwerke...) – aufgegeben worden. Einzig die Aktivitäten beim Betonstahl, welche im Gefolge

des BTP [s. o.] explodiert, werden beibehalten. Das Unternehmen hat innerhalb von 10 Jahren 6 Mal das Management gewechselt. Ein Kurs der einfachen Rentabilität ohne Hindernisse, weder durch eine vereinigte Gewerkschaft, noch durch staatliche Stellen.

b) Enaditex, ein Unternehmen zur Distribution von Textilien, war nicht rentabel genug. Dennoch ist es interessant festzustellen, dass der Textilbereich zu den Sektoren gehört, die seit 2001 außerhalb des Gas- und Ölsektors am meisten zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben. Nichtsdestotrotz wurde im November 2008 die Liquidierung des Unternehmens bekanntgegeben. Eine im März mit den Beschäftigten geschlossene schriftliche Vereinbarung, welche einen möglichen Kauf des Unternehmens durch diese vorsah, wurde beendet. Zur Zeit kämpfen die Beschäftigten darum, dass ihre Rechte respektiert werden. Sie sagen, die Liquidierungsoption sei bevorzugt worden, um letztendlich Apartments zu veräußern aus dem unschätzbaren Immobilienvermögen des Unternehmens: 160 Läden mitten in der Innenstadt.

[...]

---

## **Anhang**

Von den Autoren des Berichts gezählte Unruhen [anhand von Artikeln der algerischen Zeitung El-Watan, welche in Überschrift oder Text das Wort „émeute“ / frz. f. „Unruhen“ enthielten; die Auflistung bezieht sich auf einen Zeitraum von März 2009 bis März 2010]

25.03.2010 – Annaba, Viertel Bouakadia (Sid Salem): Zerstörung von 35 illegalen Bauten; 18 Verletzte, davon 13 Demonstranten und 5 Polizisten; 9 Personen wurden vor Gericht gestellt.

23.03.2010 – Algier, Ondines-Viertel (Bordj El-Bhari): Forderung nach definitiver Unterbringung der nach dem Erdbeben von Mai 2003 Umquartierten.

14.03.2010 – Algier, Viertel Kourifa Mohamed, Eucalyptus [eine Gegend in der algerischen Hauptstadt]: Teerung der Straße

11.03.2010 – Constantine: Umquartierung in die Neustadt Ali Mendjeli; 31 Verletzte, 15 Personen festgenommen.

01.03.2010 – Algier, Diar Echems (El Madania): unzureichende und nicht gehaltene Versprechen zur Umsiedlung (300 Wohnungen für Einwohner der Wellblechhützensiedlung und 200 für die in den F1 der Stadt Eingepferchten).

23.02.2010 – Clef, Bir Saf Saf: Wohnungen, Bebauungsplan, Erdgaslieferung.

07.12.2010 [sic] – Algier, Boukhadra (El-Bouni): Protest nach Bekanntgabe der Liste derer, die eine von 195 Sozialwohnungen bekommen; 7 Personen verurteilt (davon 4 zu 2 Monaten Gefängnis).

22.12.2009 – Guelma: Kommune nicht ans Erdgas angeschlossen: 3 Festnahmen.

22.12.2009 – Algier, Eucalyptus: Vertreibung der Familie eines alten Kämpfers.

08.12.2009 – Oued Zenati: Anfechtung der Zuteilung von Ladenlokalen.

07.12.2009 – Annaba, Aïn Sayd, Aïn El Berda: keine Jobs für Ortsansässige beim Bau eines Autobahnabschnittes von Ost nach West durch ein japanisches Unternehmen.

28.10.2009 – Oran, El Ançor: Protest gegen Verschmutzungen; 4 Verurteilungen zu 2 Monaten Haft und 14 Verurteilungen zu 6 Monaten Haft auf Bewährung.

19.10.2009 – Algier, Diar Echems (El-Madania): Fehlunterbringung und -zuteilung von Sozialwohnungen.

26.09.2009 – Skikda, Beni Bechir und Ramdane Djmal: Stromabschaltung; 23 Festnahmen.

25.09.2009 – Annaba: keine Hilfe nach Überflutungen.

11.09.2009 – Mila, Chigara: Anschluss an das Gas der Stadt; 50 Festnahmen.

11.09.2009 – Béjaïa, Tadergount: fehlendes Trinkwasser und fehlende Entwicklung.

01.09.2010 – Khenchela, Chechar: Verzögerungen bei der Entwicklung (Wasser, Straße etc.)

27.08.2009 – Tizi Ouzou, Tirmatine: Veränderung bei der Ansiedlung eines Gymnasiums; 17 Festnahmen.

15.08.2009 – Ghazaouet: Unsicherheit auf den Straßen; 34 Anklagen, davon 7 Verurteilungen zu 5 Jahren, 4 zu 3 Jahren und 2 zu 12 Monaten, davon die Hälfte zur Bewährung.

01.08.2009 – Algier, Aïn Naâdja: wiederholte Stromabschaltungen.

26.07.2009 – Sidi Bel Abbès, Sidi Ali Benyoub: Verschmutzungen.

18.07.2009 – Ouargla, Sidi Khouiled: Verteilung von Sozialwohnungen.

15.06.2009 – El-Khroub: Abbruch einer Wellblechhützensiedlung.

10.05.2009 – Mostaganem: Verlagerung informellen Handels infolge eines neuen Verkehrsplans.

12.05.2009 [sic] – Annaba, El-Bouni: Forderung nach Jobs (Dutzende von Arbeitslosen haben versucht, kollektiv Suizid zu begehen).

11.05.2009 – Sétif, Tala Ifacen: Änderung bei der Ansiedlung einer Mittelschule; 30 Festnahmen.

01.05.2009 – Chlef: ein Jahr nach den Protesten vom April 2008 für Unterkünfte (130 Festnahmen); 5 Verurteilungen zu 5 Jahren Gefängnis, 3 zu 3 Jahren, 56 zu einem Jahr und 20 zu einem Jahr auf Bewährung.

21.04.2009 – El-Tarif: Arbeitslosigkeit und Günstlingswirtschaft bei der Bewilligung von Einstellungen, 19 Festnahmen.

22.03.2009 – Annaba: ausbleibende Bezahlung von jungen Leuten, die im DIAP-Programm sind (dispositif d'aptitude d'insertion professionnelle [Maßnahme für die berufsintegrative Eignung]).

*Dieses Übersetzungsprojekt wird gefördert vom AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg*

- i <http://www.fidh.org/>
- ii <http://www.algerie-disparus.org/cfda/index.php>
- iii <http://www.algerie-laddh.org/>
- iv <http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/index.htm>
- v [http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/docs/ngos/FIDH.CFDA.LADDH\\_def-1-22April2010\\_Algeria44.pdf](http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/docs/ngos/FIDH.CFDA.LADDH_def-1-22April2010_Algeria44.pdf)
- vi <http://www.cisa-solidaritesyndicats-algerie.org>